



Presseschau vom 01.03.2018

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondentT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondentT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

abends/nachts:

de.sputniknews.com: Föderationsrat appelliert an EU-Parlament wegen Donbass-Gesetz
Der russische Föderationsrat (Parlamentsoberhaus) hat die EU-Parlamentarier dazu aufgerufen, das umstrittene ukrainische Gesetz über eine „Reintegration“ des abtrünnigen Donbass zu verurteilen, da es die Minsker Abkommen unterminiert. Zudem sollen die Europäer Kiew zur Einhaltung des Abkommens bewegen.

„Der Föderationsrat fordert die Parlamente der OSZE-Mitgliedsstaaten, die Parlamentarischen Versammlungen der OSZE und des Europarates sowie das Europäische Parlament auf, eine eindeutige Bewertung des Gesetzes ... über die Reintegration des Donbass abzugeben, nämlich als Gesetz, das die Minsker Abkommen unterminiert“, heißt es in einer Erklärung des Föderationsrates am Mittwoch.

Darüber hinaus rufen die russischen Parlamentarier die Europäer dazu auf, von Kiew die Einhaltung der Minsker Abkommen sowie die Beendigung der Politik, die die europäischen Sicherheit und Stabilität bedrohe, zu fordern. Die Abgeordneten sind überzeugt, dass das Donbass-Gesetz die ukrainische Darstellung des Konfliktes in der Ost-Ukraine verankert. Demnach ist der Konflikt eine „Eindämmung der bewaffneten Aggression“ Russlands. Laut der Erklärung versucht Kiew, sich der Verantwortung für die humanitäre und sozialwirtschaftliche Lage in Donezk und Lugansk zu entziehen. Zudem wolle es sich die Hände frei machen, um die Truppen gegen eigene Bürger, die den Staatsstreich 2014 nicht unterstützten, einzusetzen.

Eine Beschwichtigungspolitik und eine im Grunde genommen durch den Westen geförderte

militärische Lösung des „Donbass-Problems“ durch die Kiewer Regierung, hätten weitgehend zur gegenwärtigen Sackgasse in dem innerukrainischen Friedensprozess beigetragen.

Die Vorsitzende des Föderationsrates, Walentina Matwijenko, sagte, in der Ukraine werde „keine proukrainische, sondern eine proamerikanische, prowestliche Politik durchgesetzt“.

Anstatt die Minsker Abkommen einzuhalten, das Land wiederzuvereinigen und wiederaufzubauen, werde in der Ukraine alles unternommen, um einen Zustand des Bürgerkrieges aufrechtzuerhalten.

„Das bringt dem ukrainischen Volk keinen Nutzen. Es ist klar, wer dadurch Vorteile hat“, sagte Matwijenko. Sie merkte an, das Hauptziel der Maidan-Proteste sei eine Spaltung zwischen den Brudervölkern Russland und Ukraine gewesen.

Das ukrainische Parlament hatte am 18. Januar dieses Jahres das Gesetz über eine Reintegration des Donbass verabschiedet. Russland wird als „Aggressor“ und das von Kiew nicht kontrollierte Territorium als „okkupiert“ bezeichnet. In der Endfassung des Dokuments ist von der vorrangigen Bedeutung der Minsker Vereinbarungen gar keine Rede mehr.

Das russische Außenministerium hatte die ukrainischen Behauptungen über eine Okkupation als „öffentliche unbewiesene Insinuationen“ bezeichnet. Moskau hatte mehrmals erklärt, dass Russland keine Konfliktpartei in der Ostukraine ist und mit der Entwicklung im Donbass nichts zu tun hat. Russland sei vielmehr daran interessiert, dass die Ukraine die politische und ökonomische Krise so schnell wie möglich überwinde, hieß es in Moskau.

**armiyadnr.su: Dringende Mitteilung des Kommandos der Streitkräfte der DVR
Das ukrainische Besatzungskommando hat das Ende des Treffens der dreiseitigen
Kontaktgruppe in Minsk abgewartet und die Provokationen an der Kontaktlinie wieder
aufgenommen.**

**Heute gegen 18 Uhr hat der Gegner von den ukrainischen Positionen in Kurdjumowka einen
Mörserbeschuss mit drei 120mm-Mörsergeschossen der Positionen der Positionen der 24.
mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte im Gebiet von Showanka durchgeführt.
Außerdem haben die Propagandisten aus dem Stab der sogenannten ATO eine Falschmeldung
über Beschüsse der Positionen der ukrainischen Besatzer im Gebiet von Luganskoje,
Nowgorodskoje und Pawlopol durch die Streitkräfte der DVR verbreitet. In diesen Gebieten
wurde die Arbeit von Vertretern ukrainischer Massenmedien unter der teilnehmenden
Führung von Presseoffizieren des Stabs der „ATO“ bemerkt.**

**Ziel dieser Feuer- und Informationsprovokationen ist es, die Führung der Donezker
Volksrepublik der Verletzung der Minsker Vereinbarungen zu beschuldigen. Ich erkläre
meinerseits offiziell, dass die Streitkräfte der Republik das Regime der Feuereinstellung
streng einhalten und nicht auf provokative Beschüsse der ukrainischen Kämpfer antworten.**

de.sputniknews.com: Putin: „Man nahm uns Symbole, aber nicht den Charakter“

Der russischen Präsidenten, Wladimir Putin, hat am Mittwoch die russischen Olympia-Sportler im Kreml ausgezeichnet und deren Siegeswillen bei den Spielen in Pyeongchang gelobt.

„Andere Athleten sind aufgetreten und haben gesagt, dass man uns Vieles genommen hätte. Man kann wirklich alles Mögliche nehmen, jegliche Symbole. Den Charakter jedoch nicht, und Sie haben das bewiesen“, so der Präsident.

Er pries die Auftritte der Sportler sowie ihr Verhältnis zur Arbeit und zum Land. Die russischen Sportler habe immer „ein ehrliches und achtungsvolles Verhältnis zum Sport, den Mannschaftskollegen und den Rivalen charakterisiert“.

„Alles war hervorragend, schön, und man war von Stolz erfüllt, wenn man Ihre Auftritte gesehen hat“.

Das Internationale Olympische Komitee (IOC) hatte im Dezember 2017 Dopingmissbrauch in

Russland als erwiesen eingestuft und die russische Nationalmannschaft von den Winterspielen 2018 in Südkorea ausgeschlossen. Einige wenige russische Athleten durften zwar in Pyeongchang starten, doch nur unter neutraler Flagge.

Die russischen Athleten hatten bei den Spielen zwei Gold-, sechs Silber- und neun Bronzemedailles gewonnen.

Am Mittwoch hatte das IOC die Mitgliedschaft des russischen Nationalen Olympischen Komitees in der Organisation wiederhergestellt, teilte der Präsident des russischen NOK, Alexander Schukow, mit.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31975/11/319751106.jpg>

de.sputniknews.com: Putin bei Treffen mit Kurz: „Soll man das unendlich dulden? – Nein“
Russlands Präsident Wladimir Putin hat bei seinem heutigen Treffen mit dem österreichischen Bundeskanzler Sebastian Kurz in Moskau die jüngsten heftigen Angriffe von Extremisten aus Ost-Ghuta auf die syrische Hauptstadt Damaskus thematisiert.

Terroristen aus Ost-Ghuta würden Damaskus zwischen 50 und 80 Mal täglich beschießen, sagte Putin. Auch die russische Botschaft stünde unter Beschuss. Russlands Geduld sei nicht unendlich.

„Leider befinden sich in Ost-Ghuta noch viele extremistische Gruppierungen, Vertreter einer ganzen Reihe der Terrororganisationen, die auf der entsprechenden UN-Liste aufscheinen“, sagte Putin zu Kurz.

Die entsprechende Resolution des UN-Sicherheitsrates schreibe vor, den Kampf gegen diese Organisationen fortzusetzen.

„Aus diesen Gebieten gibt es ständig Beschuss“, sagte Putin. An einigen Tagen gebe es bis zu 80 Raketen- und Minen-Angriffe. Die Minen würden sogar auf das Territorium der russischen Botschaft und der Handelsvertretung niederschlagen, so Putin.

„Soll man das wohl unendlich dulden? Natürlich, nein“, so der russische Präsident.

Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen hatte am Samstag die Resolution 2401 verabschiedet, die die Konfliktseiten auffordert, „unverzüglich die Zusammenstöße einzustellen“ und eine humanitäre Pause für einen Zeitraum von mindestens 30 aufeinanderfolgenden Tagen auf dem gesamten Territorium Syriens zu gewährleisten, um humanitären Helfern Zugang zu belagerten Gebieten zu verschaffen und UN-Helfern sowie deren Partnern zu ermöglichen, Schwerkranke und Verletzte in Sicherheit zu bringen.

Am Montag verkündete Russland eine tägliche Feuerpause in Ost-Ghuta von 9 bis 14 Uhr

Ortszeit. Am 27. Februar um neun Uhr morgens wurde ein Fluchtkorridor für die Zivilisten geöffnet. In dieser Zeit stellten die syrischen Regierungstruppen den Beschuss ein. Jedoch konnte kein einzelner Zivilist nach russischen Angaben wegen eines intensiven Feuers der Terroristen die Gegend verlassen.

Vormittags:

de.sputniknews.com: „Süßwarenkönig“ Poroschenko klagt über „bitteres Leben“: Vermögen geschrumpft

Petro Poroschenko, der ukrainische Präsident und der Besitzer des Schokoladen-Unternehmens „Roshen“, hat sein Leben auf dem Posten des Staatschefs als „gar nicht süß“ bezeichnet.

„Ich möchte jetzt mein Leben nicht besprechen, glaubt mir aber, dass es gar nicht süß ist.

Wenn ihr euch dafür interessiert, lade ich euch ein, einen Tag mit mir zu verbringen.

Sicherlich werdet ihr eure Meinung ändern“, sagte Poroschenko bei einer Pressekonferenz in Kiew.

Vor seiner Wahl zum Präsidenten vor fast vier Jahren sei sein Vermögen viel größer gewesen, betonte Poroschenko.

Der Schokoladenfabrikant und Milliardär Poroschenko ist seit Juni 2014 Präsident der Ukraine. Nach Angaben des britischen Senders BBC sind Poroschenkos Einnahmen nach einem Jahr Präsidentschaft um das Siebenfache gewachsen.

Trotz seines Wahlversprechens hat Poroschenko sein Business nicht verkauft. Die Fabrik Roshen, die zu den größten Süßwarenunternehmen der Welt zählt, wird von der Investmentgesellschaft RIT Capital Partners Plc verwaltet. Medien bezeichnen Poroschenko oft als „Süßwaren“- beziehungsweise „Schokoladenkönig“.

Im Januar berichtete das Portal „Strana.ua“, dass Poroschenko die Weihnachtsferien auf den Malediven verbracht habe. Zu diesem Zweck soll der ukrainische Geheimdienst SBU dem Präsidenten und seiner Familie Pässe auf andere Namen ausgestellt haben. Der einwöchige Urlaub habe 500.000 US-Dollar (umgerechnet circa 409.000 Euro) gekostet. Dabei soll Poroschenko im Hotel unter dem Namen Mr. Petro Incognito gemeldet worden sein. Der ukrainische Präsident selbst weist dies als falsch zurück.

mil-lnr.info: In den letzten 24 Stunden wurden keine Beschüsse von Seiten der ukrainischen Truppen festgestellt.

armiyadnr.su: In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Streitkräfte fünfmal das Regime der Feuereinstellung verletzt. Von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurden die Gebiete von vier Ortschaften der Republik mit Mörsern des Kalibers 120 und 82mm, verschiedenen Arten von Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

de.sputniknews.com: „Verfrüht“: Pentagon zu Poroschenko-Erklärung über erste Lieferung von US-Waffen

Das Pentagon hält die jüngsten Aussagen des ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko über die Lieferung von US-Waffen in den nächsten Wochen für verfrüht.

„Was die Waffenlieferungen betrifft, ist es verfrüht, darüber zu sprechen, wann sie passieren“, sagte ein Sprecher des Pentagon-Pressedienstes gegenüber der russischen Nachrichtenagentur RIA Novosti.

Am Mittwoch hatte der ukrainische Präsident Petro Poroschenko bei einer Pressekonferenz erklärt:

„Die erste Lieferung soll bereits in einigen Wochen stattfindenden. Wir sprechen von einer ganzen Reihe von Lieferungen ...“

Dabei gehe es um Antischarfschützenkomplexe, Mittel für die elektronische Kampfführung sowie für die Luftabwehr und viele andere Waffenarten.

Ende Dezember hatte die US-Regierung beschlossen, letale Waffen, darunter Panzerabwehrraketen „Javelin“, an die Ukraine zu liefern.

Zahlreiche Beobachter, darunter auch europäische und amerikanische Experten, haben in diesem Zusammenhang vor einer erneuten Eskalation des Konfliktes in der Ostukraine gewarnt.

So verglich etwa das US-Nachrichtenjournal National Interest die Lieferungen tödlicher Waffen an Kiew mit dem Gießen von „Benzin auf heiße Glut“.

Auch russische Offizielle wiesen darauf hin, dass US-amerikanische Waffen in den Händen von Kiew ein Fehler seien und eine Eskalation herbeiführen könnten.

Die Behörden der Ukraine hatten im April 2014 eine Militäroperation gegen die beiden selbstausgerufenen Volksrepubliken Lugansk und Donezk gestartet, die nach dem Staatsstreich in der Ukraine vom Februar 2014 ihre Unabhängigkeit erklärt hatten.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31975/55/319755501.jpg>

Dnr-online.ru: Die Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination und im Verhandlungsprozess teilt mit: in den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der ukrainischen Streitkräfte 5. Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse - Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der ukrainischen Streitkräfte befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: Gorlowka (Showanka-Jushnaja), Jasinowataja, Losowoje, Dokutschajewsk.

Die Gesamtzahl der von den ukrainischen Streitkräften abgeschossenen Geschosse betrug 149.

In den vorhergehenden 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgeschossenen Geschosse 6.

Wir erinnern daran, dass der geltende Waffenstillstand ab 1:00 (Moskauer Zeit) am 23. Dezember 2017 in Kraft trat.

de.sputniknews.com: Schoigu lässt UN-Gesandtem für Syrien detaillierte Erklärung zu Ost-Ghuta zukommen

Der russische Verteidigungsminister Sergej Schoigu hat dem UN-Gesandten für Syrien, Staffan de Mistura, durch diplomatische Kanäle eine Erklärung zu den russischen Initiativen in Ost-Ghuta und Rakka eingereicht, teilte das russische Verteidigungsamt mit.

In der Erklärung heißt es, dass das russische Zentrum für Versöhnung der Konfliktparteien im Auftrag des russischen Präsidenten Wladimir Putin zusammen mit den syrischen Behörden eine Operation zur Evakuierung der Zivilisten sowie der Kranken und Verletzten aus Ost-Ghuta starte. Außerdem werde dort seit dem 27. Februar eine täglich fünfstündige humanitäre Pause von 9 bis 14 Uhr eingeführt, in der die syrischen Regierungstruppen keine Terroristen angreifen würden.

Zur Evakuierung der Bevölkerung sei mit Hilfe der syrischen Rothalbmond-Gesellschaft ein humanitärer Korridor in der Gegend der Ortschaft Muhayam-al-Wafedin geschaffen worden.

Die Bürger werden über die Details der Evakuierung durch Lautsprecher, SMS und Flugblätter informiert, wo erklärt wird, wie man das Gebiet verlassen kann und Kontrollpunkte überqueren soll.

Schoigu betonte, dass „gleichzeitig vorgeschlagen wird, humanitäre Korridore aus al-Tanf und Rukban zu öffnen sowie eine internationale Kommission einzurichten, um die humanitäre Situation in Rakka zu bewerten“.

Am 24. Februar hatte sich der UN-Sicherheitsrat auf die Resolution 2401 geeinigt, die einen 30-tägigen Waffenstillstand für ganz Syrien fordert.

Lug-info.com: Die Gewerkschaftsföderation der LVR unterstützt die Entscheidung des Republikoberhauptes Leonid Pasetschnik, an den Wahlen für das Amt des Oberhauptes der LVR im Herbst 2018 teilzunehmen.

„In den letzten Monaten, seit Leonid Iwanowitsch Pasetschnik das Amt des Oberhauptes der LVR innehat, hat es im Leben der Republik im Ganzen und in der Gewerkschaftsbewegung im besonderen nicht wenige gute Veränderungen gegeben“, sagte der Vorsitzende der Gewerkschaftsföderation Oleg Akimow.

Er erinnerte daran, dass sich das Oberhaupt der LVR vor kurzem mit Gewerkschaftsvorsitzender der Republik getroffen hat.

„Bei dem Treffen gab es einen konstruktiven Dialog zu allen Fragen, die der Erörterung und im weiteren einer Lösung bedurften. Das Hauptergebnis des Treffens ist eine gemeinsame Sicht der Wege zur Lösung und ein vollständiges gegenseitiges Verständnis, das zweifellos zum Nutzen aller Einwohner der Republik sein wird“, berichtete Akimow.

„In einem schwierigen Augenblick hat Leonid Iwanowitsch Pasetschnik die Verantwortung für das Schicksal der Republik übernommen. Dies charakterisiert ihn schon als erfahrenen, professionellen und überlegten Leiter, der seine Mäntelchen nicht nach dem Wind hängt. Wenn ein Versprechen gegeben wurde, heißt das, dass das Problem gelöst wird. Ich bin überzeugt, dass uns mit einem solchen Staatsoberhaupt eine Menge Siege bevorstehen – bei der Arbeit, sozialökonomisch und politisch“, unterstrich er.

de.sputniknews.com: Experte: Ukrainische Militärs bei Konflikt mit Russland „besonders wertvoll“ für Nato

Der Militärexperte, Kapitän zur See Konstantin Siwkow, hat auf die Rolle der ukrainischen Spezialeinheiten im Falle eines bewaffneten Konflikts zwischen der Nato und Russland hingewiesen. In einem Beitrag für die Zeitschrift „Wojenno-promyschlennyj Kurjer“

erläuterte er unter anderem, wie ukrainische Soldaten nach Russland verlegt werden könnten. Laut Siwkow wird sich die Nato bei einem bewaffneten Konflikt darauf konzentrieren, russische Nuklearobjekte unter ihre Kontrolle zu nehmen und dadurch Russlands Überlegenheit im Bereich der strategischen Waffen zu beseitigen. Dabei werde das Nordatlantische Bündnis auf Spezialeinheiten setzen.

„Soldaten von Spezialeinheiten könnten als Zivilisten getarnt, mit Militärflugzeugen sowie auf dem Land- oder Seeweg nach Russland verlegt werden. Agenten, die bei der Lösung von Kampfaufgaben helfen, warten bereits auf sie“, sagte Siwkow. Nachdem das Nuklearwaffenpotential vorläufig neutralisiert werden würde, könnte die Nato Schnelleingreiftruppen einführen, die das strategische Arsenal Russlands unter ihre Kontrolle nehmen.

Gerade auf derartige Pläne sei die Aufstockung der Spezialstreitkräften und Schnelleingreif-Einheiten der Nato an der Grenze zu Russland zurückzuführen.

Eine besondere Rolle bei dem potentiellen Konflikt könnten die ukrainischen Militärs spielen, so Siwkow: „Besonders wertvoll sind für die Nato die Soldaten der ukrainischen Spezialeinheiten. Da sie der russischen Bevölkerung ethnisch und kulturell verwandt sind und dieselbe Sprache sprechen, dürften sie bei Sonderaktivitäten mit einer vorherigen getarnten Entfaltung der Truppen unentbehrlich sein.“

Zuvor hatte der russische Außenminister Sergej Lawrow in einer Rede auf der Abrüstungskonferenz in Genf gesagt, die USA bereiteten Europa auf einen Atomwaffeneinsatz gegen Russland vor.

Lug-info.com: Etwa 650 Schüler und Studenten von Stachanow haben heute im Rahmen des zweiten städtischen Jugendforums mit dem Bürgermeister Sergej Shewlakow im offenen Format Fragen der Jugendpolitik diskutiert. Dies teilte die Stadtverwaltung von Stachanow mit.

Das Treffen fand im Theatersaal des Gorkij-Kulturpalastes statt.

„Teilnehmer des Treffens waren etwa 650 Vertreter absolut aller Bildungseinrichtungen der Stadt: ältere Schüler, Schüler mittlerer und höherer beruflicher Bildungseinrichtungen von Stachanow, Irmino und Almasnaja“, teilte das Bürgermeisteramt mit.

Bei der Eröffnung des Forums berichtete Shewlakow über die Lösung der Probleme, die von den jungen Leuten beim ersten Treffen mit dem Bürgermeister im letzten Jahr geäußert wurden.

„So wurde die Frage gelöst, dass dem Stachanower College für Maschinenbau ein Fußballplatz übergeben wurde, der nicht weit von der Bildungseinrichtung liegt. Ein Zentrum für Jugendinitiativen wurde gegründet und ist aktiv, ebenfalls ein Jugendrat. Auf Bitten der Absolventen der 11. Klasse der Schulen und Gymnasien hat die Stadtverwaltung und der Migrationsdienst die Frage der Beschleunigung der Prozedur zum Erhalt von LVR-Pässen für Bürger, die das 16. Lebensjahr erreichen, gelöst, für diese wurden bestimmte Tage und Uhrzeiten festgelegt“, sagte er.

Das Gespräch ging mit einem offenen Dialog weiter.

„Die jungen Leute äußerten konkrete Fragen, die erste Arbeitsplätze für die Jugend, Beschäftigung in der Sommerzeit, die Beschaffung von Wohnraum für junge Spezialisten, die Finanzierung von Jugendprojekten, die Bildung des Staatshaushalts, die Wiederaufnahme der Arbeit der Industriebetriebe, den Wiederaufbau von Sporteinrichtungen und vieles andere betrafen. Auf alle Fragen erhielten die jungen Leute konkrete Antworten“, teilte die Stadtverwaltung mit.

Shewlakow merkte an, dass es solche Treffen in Zukunft so oft wie möglich geben soll.

„Solche Treffen sind sehr wichtig, weil jeder von Ihnen die Möglichkeit hat, Fragen zu stellen und sofort eine Antwort zu erhalten. Sie dürfen nicht stehen bleiben, es ist notwendig, voran zu kommen. Alle Menschen sind von Natur aus begabt und es ist die Aufgabe der

Erwachsenen, die in Ihrer Nähe sind, die Begabung eines jeden von Ihnen zu unterstützen. Wenn uns das gelingt, so werden wir positive Ergebnisse erhalten – einen guten Spezialisten in diesem oder jenem Bereich. Ich wünsche allen aufrichtig, dass wir ein solches Ergebnis erreichen“, sagte Shewlakow am Ende des Forums.

de.sputniknews.com: Türkei faktisch von USA zu Afrin-Einsatz provoziert – Sicherheitsrat Russlands

Die USA, die die Kurden mit modernsten Waffen beliefern, haben faktisch die Türkei provoziert, einen Militäreinsatz im syrischen Afrin durchzuführen. Dies hat der Helfer des Sekretärs des Sicherheitsrates Russlands, Alexander Wenediktow, erklärt.

„Die Kurden werden wörtlich mit (amerikanischen – Anm. d. Red.) modernsten Waffen vollgepumpt. Die Lieferungen moderner Waffen und die Förderung von separatistischen Stimmungen im kurdischen Milieu haben faktisch die Durchführung einer türkischen Militäroperation im Norden Syriens bei Afrin provoziert“, sagte Wenediktow.

Am 20. Januar hatte der türkische Generalstab die Militäroperation „Olivenzweig“ angekündigt. Sie ist gegen kurdische Einheiten in der syrischen Stadt Afrin gerichtet, die von den USA unterstützt und von der Türkei als terroristische Organisation eingestuft werden. Die türkischen Truppen werden dabei von der oppositionellen „Freien syrischen Armee“ unterstützt.

de.sputniknews.com: Gerichtsentscheidung: Gazprom soll Naftogaz 2,56 Milliarden US-Dollar auszahlen

Das Schiedsgericht der Handelskammer Stockholm hat einer Klage des ukrainischen Energiekonzerns Naftogaz gegen den russischen Gaskonzern Gazprom stattgegeben und Gazprom dazu verpflichtet, Naftogaz 2,56 Milliarden US-Dollar zu zahlen. Das russische Energieunternehmen hat mitgeteilt, mit der Gerichtsentscheidung nicht einverstanden zu sein....

Ukrinform.ua: Nichtanerkennung des Schiedsspruchs: Präsident Poroschenko fordert Beschlagnahme des Gazprom-Vermögen

Der Präsident der Ukraine Poroschenko hat gefordert, das Vermögen des russischen Gaskonzerns Gazprom zu beschlagnahmen, wenn das russische Unternehmen das Urteil des Schiedsgerichts in Stockholm nicht akzeptiert.

Das erklärte der Staatschef bei der Sitzung des Rates für Nationale Sicherheit und Verteidigung der Ukraine, berichtet ein Korrespondent von Ukrinform.

Poroschenko rief den Chef des ukrainischen Energieversorgens Naftogaz, die Generalstaatsanwaltschaft, Justizministerium und Außenministerium auf, eine Beratung einzuberufen. Wenn Gazprom nicht zahlen wird, solle Naftogaz die Beschlagnahme des Vermögens von Gazprom erreichen. Die Ukraine sei gut über das Gazprom-Vermögen, darunter auch im Projekt Nord Stream 2, informiert.

Poroschenko nannte die Erklärungen des russischen Konzerns, dass dieser den Schiedsspruch nicht anerkennt, provokativ. Diese Haltung solle „geopolitische Folgen“ haben. „Wie kann Europa mit der Verlässlichkeit dieses Gaslieferanten rechnen. Wie kann man über Nord Stream 2 oder Turkish Stream reden, wenn das Unternehmen offiziell erklärt, dass es das Gerichtsurteil nicht umsetzen will“, sagte der Staatschef.

Der russische Konzern Gazprom soll dem ukrainischen Energieunternehmen Naftogaz 4,63 Milliarden US-Dollar für vereinbarte, aber nicht gelieferte Gas-Transitmengen zahlen. Das Schiedsgericht der Stockholmer Handelskammer hatte das am Mittwoch entschieden. Nach zwei Verfahren um Gaspreise und Gastransit ist Gazprom verpflichtet, Naftogaz insgesamt 2,56 Milliarden US-Dollar zu zahlen.

Dan-news.info: Kommentar Denis Puschilins zu den Ergebnissen der Verhandlungen in Minsk am 28. Februar

Die letzten gesetzgeberischen Initiativen der ukrainischen politischen Klasse, die auf einen Versuch gerichtet sind, ihre verbrecherischen Entscheidungen in Bezug auf den Donbass zu rechtfertigen, befreien die Ukraine nicht von ihren Verpflichtungen zur Realisierung des Maßnahmekomplexes zur Erfüllung der Minsker Vereinbarungen, der von der UN-Sicherheitsratsresolution Nr. 2202 vom 17. Februar 2015 unterstützt wurde.

Die von den Seiten vor zwei Jahren bestätigte Tagesordnung der politischen Untergruppe bleibt aktuell. Die Republiken haben weiter auf der Notwendigkeit der Vereinbarungen eines Mechanismus zum Inkraftsetzen der Gesetze über einen besonderen Status des Donbass und über eine Amnestie bestanden.

Denn genau dies haben die Staatsoberhäupter des Normannischen Formats bereits 2015 in Paris und 2016 in Berlin vereinbart.

Der Leiter der Delegation der DVR bei den Minsker Verhandlungen, der Vorsitzende des Volkssowjets Denis Wladimirowitsch Puschilin.

de.sputniknews.com: Putin spricht vor dem Parlament zur Lage der Nation
(Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

Russlands Präsident Wladimir Putin wendet sich am Donnerstag mit seiner Ansprache zur Lage der Nation und zu den hauptsächlichen Tendenzen der Innen- und Außenpolitik an die Föderale Versammlung (russisches Parlament).

In Übereinstimmung mit der Verfassung hält der russische Präsident jährlich eine Rede vor der Föderalen Versammlung zur Lage der Nation sowie zu den innen- und außenpolitischen Prioritäten. An der Veranstaltung nehmen traditionell Mitglieder beider Häuser des russischen Parlaments sowie hochrangige Regierungsbeamte teil.

So wird Russland Wohlstand und Leben der Bürger qualitativ verändern

Der russische Präsident Wladimir Putin hat in seiner Ansprache an das Parlament erläutert, wie Russland den Wohlstand der Bürger steigern und die Qualität des Lebens der Bevölkerung verbessern kann.

In seiner Rede betonte der russische Präsident, Russland habe in den letzten Jahrzehnten Vieles erreicht:

„Wir haben massive, schwierige Transformationen hinter uns, wir haben völlig neue und sehr komplizierte wirtschaftliche und soziale Herausforderungen gemeistert und die Einheit des Landes aufrechterhalten“.

Das Land habe das gebührende Wohlstandsniveau zwar noch nicht erreicht, räumte Putin ein.

Allerdings werde es dies unbedingt tun. In diesem Bereich sei ein Durchbruch erforderlich:

„Die Rolle und die Positionen eines Staates in der modernen Welt werden nicht nur oder bei weitem nicht nur von Naturressourcen und Industriekapazitäten geprägt — ich habe bereits davon gesprochen —, sondern auch vor allem von den Menschen, von den Bedingungen für die Entwicklung, für die Selbstentfaltung, für kreative Aktivitäten jedes Menschen.“ Das Wichtigste sei die Aufrechterhaltung von Russlands Volk und das Wohlergehen der Bürger, so Putin. „Gerade hier muss uns ein entscheidender Durchbruch gelingen.“

Die russische Wirtschaft habe ihre Beständigkeit an den Tag gelegt, und die stabile makroökonomische Lage erschließe neue Möglichkeiten für eine „Durchbruchentwicklung“ sowie für eine langfristige Entwicklung, so Putin.

Russland muss das Sozialhilfe-System so einstellen, dass es Familien unterstützt, die es tatsächlich brauchen, sagte der russische Präsident.

„Das System der Sozialhilfe muss auf den Grundsätzen der Gerechtigkeit und der Personenbezogenheit aufgebaut werden. Wir sprechen viel davon, aber das muss endlich getan werden. Die Sozialhilfe muss bei den Bürgern und Familien ankommen, die sie wirklich

brauchen."

Putin sagte, es sei notwendig, ein Niveau zu erreichen, auf dem mindestens fünf Millionen Familien statt heute drei Millionen ihre Wohnbedingungen verbessern können.

Russland solle danach streben, jährlich mindestens 120 Millionen Quadratmeter Wohnflächen statt heute 80 Millionen zu bauen, so der russische Präsident.

Putin merkte außerdem an, dass sich Russlands Gesundheitsausgaben verdoppeln werden.

„Von 2019 bis 2024 sollen für die Entwicklung des Gesundheitssystems aus allen Quellen durchschnittlich mindestens vier Prozent des BIP bereitgestellt werden, aber man sollte zweifellos fünf Prozent anstreben. In absoluten Zahlen wird das bedeuten, dass sich die Gesamtausgaben für Gesundheit verdoppeln", so Putin.

Russland sollte sich nicht nur in der Top-Fünf der größten Ökonomien der Welt etablieren, sagte Putin, sondern bis Mitte des nächsten Jahrzehnts das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf um das Anderthalbfache erhöhen. „Das ist eine sehr schwierige Aufgabe. Ich bin überzeugt, dass wir bereit sind, sie zu lösen", fügte er hinzu.

Eine ernsthafte Einschränkung des Wirtschaftswachstums in Russland könnte in den nächsten Jahren aus demographischen Problemen erwachsen:

„Heute kommen die demographischen Probleme der 1990er Jahre unausweichlich zur Geltung, vor allem der Geburtenrückgang. (...) Das demographische Problem hat auch eine wirtschaftliche Dimension. 2017 ging die Anzahl der Erwerbsfähigen fast um eine Million zurück, und in den nächsten Jahren wird dieser Trend andauern, was zu einer ernsthaften Einschränkung des Wirtschaftswachstums führt. Es wird keine Arbeitskraftreserven geben."

In den nächsten sechs Jahren müsse Russland also für Maßnahmen zur Förderung der demographischen Entwicklung sowie für den Mutter- und Kinderschutz wenigstens 3,4 Billionen Rubel (umgerechnet 49,4 Millionen Euro) ausgeben. „Das ist eine große Ziffer, sie ist aber nicht unrealistisch", betonte Putin. Eigentlich sei diese Summe um 40 Prozent höher als die, die in den zurückliegenden sechs Jahren ausgegeben wurde.

Zudem müsse in den nächsten sechs Jahren das Armutsniveau um das Zweifache reduziert und die Realeinkommen der Bevölkerung gesteigert werden, sagte Putin:

„Wir müssen die Struktur der Beschäftigung erneuern, die heutzutage in vielerlei Hinsicht ineffektiv und veraltet ist, und Menschen mit guter Arbeit versorgen, die einen motiviert, Wohlstand bringt und Selbstentfaltung ermöglicht. Wir müssen moderne gut bezahlte Arbeitsplätze schaffen. Auf dieser Grundlage müssen wir eine der Schlüsselaufgaben für das bevorstehende Jahrzehnt lösen, und zwar einen nachhaltigen langfristigen Wachstum von Realeinkommen der Bürger gewährleisten und in sechs Jahren das Armutsniveau wenigstens um das Zweifache reduzieren", so der russische Staatschef.

Russland muss ein Weltzentrum der Datenverarbeitung werden

In seiner Rede zur Lage der Nation hat der russische Staatschef Wladimir Putin am Donnerstag auch die Schwerpunkte des technischen Fortschritts angesprochen, die Russland zu einem der weltweit wichtigsten Zentren der Datenverarbeitung machen werden. Diese Entwicklung werde auch der Erhöhung des Lebensstandards der russischen Bürger dienen.

„Die Geschwindigkeit der technischen Umwandlungen erhöht sich, steigt rasant. Derjenige, der diese Welle erklimmt, wird weit vorstoßen. Diejenigen jedoch, die das nicht vollbringen, wird diese Welle einfach unter sich begraben, ertrinken lassen“, betonte Putin.

Technologischer Rückstand und Abhängigkeiten würden ein Risiko für die Sicherheit und die wirtschaftlichen Möglichkeiten des Landes darstellen, was im Endeffekt einen Souveränitätsverlust für Russland bedeuten würde.

Die kommenden Jahre würden in dieser Hinsicht wohl das größte Potenzial für technologische Umwandlungen in sich bergen – unabhängig davon, wer die Wahlen gewinnen wird und der politischen Zyklen im Land, so Putin.

„Die Welt sammelt heute ein großes technologisches Potenzial an, das bei der Verbesserung der Lebensqualität der Menschen und bei der Modernisierung der Wirtschaft, Infrastruktur

und Staatsverwaltung einen echten Durchbruch ermöglicht. Wie effektiv wir die kolossalen Möglichkeiten der technologischen Revolution nutzen und auch auf ihre Herausforderung eingehen können, hängt nur von uns ab.“

Notwendig sei die Erstellung eines umfassenden Plans für die Modernisierung und den Ausbau der gesamten Infrastruktur des Landes. Dies sei eine der höchsten Prioritäten der kommenden Regierung.

„Russland sollte nicht nur zu einem der wichtigsten logistischen Verkehrsknotenpunkte des Planeten, sondern auch, ich betone, zu einem Zentrum für die Lagerung, Verarbeitung, Übergabe und den Schutz von Informations-Massen, der sogenannten Big Data werden“, sagte der russische Präsident.

Deshalb sollte das gesamte Territorium Russland in kommender Zeit mit modernen Kommunikationskanälen wortwörtlich „durchnäht“ werden.

USA: Putin plädiert für Kooperation und verspricht Blitz-Antwort auf Atomangriff

In seiner Ansprache an die Föderale Versammlung hat Russlands Präsident Wladimir Putin für die Entwicklung der Zusammenarbeit mit den USA und der EU plädiert. Gleichzeitig hat er seine Besorgnis über die US-Nuklearstrategie geäußert und eine „augenblickliche“ Antwort auf einen atomaren Angriff gegen Russland versprochen.

„Wir sind an einer normalen und konstruktiven Zusammenarbeit mit den USA und mit der EU interessiert. Wir rechnen damit, dass der gesunde Verstand Überhand nehmen wird, und unsere Partner eine ehrliche und gleichberechtigte Zusammenarbeit wählen werden. Obwohl unsere Positionen in manchem nicht übereinstimmen, bleiben wir dennoch Partner, denn wir müssen zusammen auf schwierigste Herausforderungen antworten, die allgemeine Sicherheit gewährleisten und die zukünftige Welt bauen, die zunehmend vernetzt wird und wo Integrationsprozesse aktiv an Dynamik gewinnen“, so Putin.

Der russische Präsident betonte, Russlands Politik werde nie auf der Idee von Ausschließlichkeit basieren.

Putin kritisierte jedoch scharf die US-Außenpolitik, unter anderem die Entwicklung des globalen US-Raketenabwehrsystems.

„In Alaska und in Kalifornien gibt es bereits Flugabwehrsysteme, nach der Nato-Osterweiterung sind in Osteuropa zwei Raketenabwehrzonen entstanden: In Rumänien ist sie bereits etabliert und in Polen endet bald die Stationierung. Die Flugweite der Raketenabwehrraketen wird wachsen, es ist geplant, sie in Japan und in Südkorea zu stationieren“, sagte der russische Staatschef.

„Zu dem globalen US-Raketenabwehrsystem gehört auch eine Marinegruppierung – fünf Kreuzer und 30 Zerstörer, die, soweit wir wissen, in den Gebieten in greifbarer Nähe zum Territorium Russlands stationiert werden.“

Russland sei außerdem über die neue US-Nuklearstrategie besorgt, so Putin, denn dort werde festgestellt, dass die USA Atomwaffen als Antwort auf die Anwendung von konventionellen Waffen oder auf eine Cyber-Bedrohung einsetzen könnten.

Außerdem werde Moskau jeden Einsatz von Atomwaffen gegen Russland oder gegen seine Verbündeten als Angriff bewerten.

„Jeden Einsatz von Atomwaffen gegen Russland oder gegen seine Verbündeten kleiner, mittlerer und welcher Art von annehmbarer Macht auch immer werden wir als nuklearen Angriff auf unser Land betrachten. Die Antwort wird augenblicklich und mit allen sich daraus ergebenden Folgen kommen“, unterstrich Putin.

Er betonte, mit Rücksicht darauf, dass Russland neue Waffen entwickelt, werde die Nato-Annäherung an die russischen Grenzen aus militärischer Sicht absolut ineffektiv. Alle Arbeiten zur Stärkung der russischen Verteidigungsfähigkeit würden im Rahmen der internationalen Vereinbarungen durchgeführt. Die wachsende russische militärische Kapazität sei eine Garantie für die Erhaltung des Friedens, so der russische Präsident.

„Ich werde denjenigen, die in den vergangenen 15 Jahren versucht haben, ihre Waffen zu

entwickeln, die versuchen, aus Russland einen einseitigen Vorteil zu ziehen, die versuchen, Beschränkungen und Sanktionen einzuführen, die aus völkerrechtlicher Sicht rechtswidrig sind, um die Entwicklung unseres Landes einzudämmen, auch im militärischen Bereich – denen werde ich Folgendes sagen: Was Sie mit dieser Politik verhindern wollten, ist bereits geschehen. Und es ist nicht gelungen, Russland einzudämmen.“

rusvesna.su: Putins Ansprache hat die amerikanische Militärstrategie durchkreuzt – Sjuganow
Die Waffensysteme, die im Verlauf der Ansprache des Präsidenten der RF Wladimir Putin an die Föderale Versammlung vorgeführt wurden, durchkreuzen die Militärstrategie der USA und sind in der Lage, die Amerikaner zu ‚ernüchtern‘, meint der Vorsitzende der KPRF Gennadij Sjuganow.

„Das, was gezeigt wurde, wird auch die Amerikaner zumindest ‚ernüchtern‘. Sie sind schon lange aus dem ABM-Vertrag ausgestiegen, haben aber darauf gehofft, uns mit Militärbasen zu umgeben, die unser nukleares Raketenpotenzial wirkungslos machen werden. Das, was gezeigt wurde, durchkreuzt ihr Strategie komplett, - und die Amerikaner haben im nächsten Jahr ein Militärbudget von 760 Mrd. Dollar, das größte Budget. Jedenfalls sind das alles Spielzeuge, die uns nicht gefährden werden“, sagte Sjuganow gegenüber Journalisten.

Wie Rusvesna zuvor berichtete, sprach der russische Präsident Wladimir Putin vor der Föderalen Versammlung auch über die neuen Arten von strategischen Waffen, die der RF zur Verfügung stehen.

Der Präsident erklärte, dass im Bestand der strategischen nuklearen Streitkräfte nun auch 80 neue interkontinentale ballistische Raketen, 102 ballistische Raketen auf U-Booten und drei U-Boot-Raketenkreuzer „Borej“ seien.

Seinen Worten zufolge habe Russland nun auch damit begonnen, spezielle strategische Waffen zu entwickeln, die nicht die ballistische Flugbahn nutzen und damit für Raketenabwehrsysteme unangreifbar sind. In seiner Botschaft demonstrierte Putin Bilder von Tests des Raketenkomplexes mit einer Gleitflügleinheit, zeigte eine russische Rakete mit einer Kernkraftanlage und den Sarmat-Komplex.

<iframe width="420" height="315" src="https://www.youtube.com/embed/l6i4qINYeC0" frameborder="0" allow="autoplay; encrypted-media" allowfullscreen></iframe>

<https://youtu.be/l6i4qINYeC0>

nachmittags:

de.sputniknews.com: Verteidigungsminister vergleicht US-Raketenabwehr mit „löchrigem Regenschirm“

Der russische Verteidigungsminister Sergej Schoigu hat den entstehenden globalen Raketenschild der USA als einen „löchrigen Regenschirm“ bezeichnet. Damit kommentierte der Armeegeneral die heutige Ansprache von Präsident Wladimir Putin, bei der er eine ganze Reihe neuartiger, bisher öffentlich nicht bekannter strategischer Waffen präsentiert hat.

„Alles, was heute in Polen und Rumänien, in Alaska entwickelt sowie in Südkorea und Japan zu Entwicklung geplant wird, dieser ‚Schutzschirm‘ des Raketenabwehrsystems, erweist sich als löchrig“, sagte Schoigu vor Journalisten.

Der Verteidigungsminister äußerte sein Erstaunen darüber, dass die USA für diesen „Schutzschirm“ bedeutende finanzielle Mittel aufwenden.

Dabei merkte Schoigu an, die Entwicklung modernster Waffen helfe Russland, die Verstrickung in ein neues Wettrüsten zu vermeiden und seine Souveränität „auf Jahrzehnte hinaus“ zu gewährleisten.

Der russische Präsident Wladimir Putin hatte am Donnerstag bei seiner Rede zur Lage der Nation erklärt, das neue russische Raketensystem „Avangard“ sei zu interkontinentalen Flügen auch in dichten Atmosphärenschichten fähig und könne die 20-fache Geschwindigkeit der Mach-Zahl erreichen.

Nach Ansicht von Experten macht dieses System die US-Raketenabwehr, deren Geschwindigkeit nur fünf Mach entspricht, sinnlos.

Russland entwickle die modernsten Waffensysteme in Antwort auf den Auf- und Ausbau der US-amerikanischen Raketenabwehr, so Putin. Russland habe lange Zeit versucht, die USA zu überreden, den ABM-Vertrag (Anti-Ballistic Missile Treaty, dt. Vertrag zur Begrenzung von ballistischen Raketen) nicht zu verletzen. Das Weiße Haus habe jedoch alle dahingehenden Vorschläge aus Moskau abgelehnt.

Die USA sind 2002 vom Vertrag zur Begrenzung der Raketenabwehrsysteme (ABM) mit Russland einseitig zurückgetreten und stellen seitdem Abfangraketen und Radaranlagen in Osteuropa auf – offenbar um russische Interkontinentalraketen abfangen zu können. Das amerikanische Raketenabwehrsystem in Europa soll die beiden bestehenden US-Raketenschirme auf Alaska und in Kalifornien verstärken. Russland besitzt nur einen strategischen Raketenschirm, der die Hauptstadt Moskau schützt.

Die US-Pläne stoßen bei Russland auf Widerstand, weil die USA es ablehnen, rechtsverbindlich zu garantieren, dass der entstehende Raketenschirm nicht Russlands Atomraketen zum Ziel hat. In den vergangenen Jahren beteuerten Moskauer Politiker und Militärs jedoch, dass der amerikanische Raketenschirm keine Chancen gegen neue russische Atomraketen hätte.

armiyadnr.su: Bericht des stellvertretenden Kommandeurs der Streitkräfte der DVR Eduard Basurin

In den letzten 24 Stunden ist die **Zahl der Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der ukrainischen Besatzer gewachsen.**

In Richtung Donezk hat der Gegner auf die Gebiete von **Losowoje, Dokutschajewsk und Jasinowataja** elf Mörsergeschosse des Kalibers 120mm abgeschossen und außerdem mit verschiedenen Arten von Granatwerfern und Schusswaffen geschossen.

In Richtung Gorlowka wurde **Showanka** beschossen, auf das der Gegner acht Mörsergeschosse des Kalibers 120 und 82mm abgeschossen hat. Dabei geriet zuerst eine Einheit der 24. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte unter den Beschuss der ukrainischen Mörserschützen, dann wurden, angeblich als Erwiderung, unsere Positionen beschossen.

In Richtung Mariupol ist eine **relative Ruhe** zu beobachten. Der Gegner hat sich auf **Informationsprovokationen** beschränkt und falsche Beschuldigungen über den Beschuss seiner Positionen verbreitet.

Insgesamt wurden in den letzten 24 Stunden fünf Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der ukrainischen Besatzer festgestellt.

Vom ukrainischen Besatzungskommando wurde vor kurzem eine Besprechung durchgeführt, auf der die Brigadekommandeure die Aufgabe erhielten, Provokationen an der Kontaktlinie zu organisieren und durchzuführen, um die Führung der Republik der Verletzung der Minsker Vereinbarungen zu beschuldigen und sie in den Augen der Weltöffentlichkeit zu dämonisieren. Die Planung der Provokationen ist mit dem möglichen Besuch einer Delegation unter Leitung des schwedischen Botschafters M. Hagström in der Zone der sogenannten „ATO“ verbunden.

Verbrechen gegenüber der friedlichen Bevölkerung auf den besetzten Territorien sind für die ukrainischen Kämpfer seit dem allerersten Tag des militärischen Konflikts eine gewöhnliche Erscheinung. Ein großer Teil dieser Verbrechen bleibt unbestraft. Bis vor kurzem konnten ukrainische Besatzer, die rechtswidrige Handlungen gegen Zivilisten begingen, theoretisch

strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden.

Alles änderte sich nach der Unterzeichnung des verfassungswidrigen Gesetzes „Über die Reintegration des Donbass“, das es dem ukrainischen Truppen **auf gesetzgeberischer Ebene erlaubt, Verbrechen zu begehen** und unbestraft zu bleiben, durch den Präsidenten der Ukraine. Durch dieses Gesetz werden faktisch die unbegründete Festnahme von Bürgern, Durchsuchungen und Konfiskation von persönlichen Dingen und Fahrzeugen geregelt. Die ukrainischen Ordnungshüter haben bereits erfolgreich begonnen, sich der unbegrenzten Rechte, die ihnen der Staat gibt, zu bedienen. So durchsuchen ukrainische Polizisten am Ein- und Ausreisepunkt im Gebiet von Marjinka mit Vorliebe die persönlichen Sachen friedlicher Einwohner, die auf das von Kiew besetzte Territorium reisen. Dabei konfiszieren die „Hüter des Gesetzes“ unter erdachten Vorwänden den Menschen gehörende Dinge. Die **Kämpfer des „Rechten Sektors“**, die offiziell nicht zu einer der militärischen Strukturen der Ukraine gehören, meinen auch, dass der Staat ihnen erlaubt hat, ungestraft Bürgern Eigentum wegzunehmen. Am Abschnitt zwischen Marjinka und Kurachowo haben ukrainische Nationalisten auf einer Nebenstraße einen **ungesetzlichen Checkpoint eingerichtet**, an dem sie zivile Fahrzeuge anhalten und Fahrer und Passagiere durchsuchen. Als Grundlage, um Menschen der Unterstützung von „Separatisten“ zu beschuldigen, reicht selbst die Entdeckung einer Sim-Karte des republikanischen Mobilfunkoperators. Die Kämpfer des „Rechten Sektors“ schlagen dann vor Ort vor, sich für eine bestimmte Summe freizukaufen, um „weitere Probleme“ mit dem Gesetz zu vermeiden. Und die Rechtsschutzorgane des Donezker Oblast der Ukraine decken die Erpresser.

de.sputniknews.com: Neuer Spionage-Virus breitet sich aus: Hört Ihr Android-Handy auch mit?

Experten der US-Sicherheitsfirma Wandera haben eine neue Schadsoftware für Android entdeckt, die den Gadget-Nutzer ausspähen und seine persönlichen Daten auf einen Cloud Server von Cyberkriminellen übertragen kann, berichtet das Portal „AndroidHeadlines“. Demnach sammelt die Malsoftware RedDrop Informationen über den Android-Nutzer und installiert mehrere schädliche Apps auf dessen Handy. RedDrop überwacht heimlich die Umgebung des Geräts, speichert die ausgespähten Daten auf dem Rechner und lädt sie später auf Filehosters hoch. Dem Portal zufolge kann RedDrop eigenständig kostenpflichtige Apps für den Android-Nutzer abonnieren.

RedDrop sei in mehr als 50 weltweit zugänglichen Android-Apps gefunden worden. Darunter seien Bildbearbeitungssoftware sowie Unterhaltungs- und Bildungsprogramme betroffen. Sie alle werden von einem komplexen Netzwerk aus mehr als 4000 Domains betrieben, die von Cyber-Kriminellen registriert wurden.

Aufgrund der statischen und dynamischen Analyse des RedDrop-Laufwerks habe das Forschungsteam der Sicherheitsfirma Wandera einen Mechanismus eruiert, der für die Installation und den Betrieb der RedDrop-Malsoftware zuständig sei. Es scheine jedoch unmöglich, die Folgen einer Infektion des Betriebswerks zu stoppen. Um Probleme zu vermeiden, empfehlen Cyber-Sicherheitsexperten, Apps für Android-Nutzer nur in offiziellen Online-Geschäften herunterzuladen.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/30473/78/304737825.jpg>

Dan-news.info: „Heute um 10:00 ist die Stromversorgung der Pumpstation erster Ebene des Jushnodonbasskij-Wasserwerks in Wasiljewka ausgefallen. Die Ursachen werden noch festgestellt“, teilte heute der Leiter der Vertretung der DVR im GZKK Rusland Jakubow mit. Zur Station ist bereits eine Reparaturbrigade von Elektrikern gefahren.

Mil-Inr.info: Pressekonferenz des Vertreters der Volksmiliz der LVR Oberstleutnant A.W. Marotschko

Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR hat eine **Tendenz zur Stabilisierung, bleibt aber angespannt.**

In den letzten 24 Stunden wurden keine Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten des Gegners festgestellt.

Die Ukraine verletzt weiter grob die Normen des internationalen humanitären Rechte und die von der Ukraine übernommenen Verpflichtungen, die in Artikel 3, der für alle gültigen Genfer Konvention des Jahres 1949 und im Protokoll II zu dieser aus dem Jahr 1977 bezüglich des Schutzes ziviler Objekte in militärischen Konflikten festgeschrieben sind. Solche Fälle kommen im OSZE-Bericht für den 27. Februar dieses Jahres zum Ausdruck. Die Vertreter der Mission verweisen darauf, dass am Gebäude einer Elektrounterstation, die am südlichen Rand von Solotoje-5 (Michajlowka) liegt, Mitglieder einer Patrouille der Mission 2 Krater gesehen haben: einen 50m westlich und einen weiteren 100-120m nördlich des Gebäudes. Ich möchte anmerken, dass in dieser Unterstation eine große Menge Quecksilber gelagert ist und im Falle eines Geschosstreffers auf diese Station dies zu einer ökologischen Katastrophe mit nicht wieder gut zu machenden Folgen führen kann.

Trotz unseres Bestrebens zu einer friedlichen Regelung des Konflikts und bei vollständiger Erfüllung der Bedingungen des Regimes der Feuereinstellung von unserer Seite spitzt das ukrainische Kommando weiter die Lage in der Region zu und führt eine Umgruppierung schwerer Waffen in der Nähe der Abgrenzungslinie durch.

Nach unseren Informationen wurde im Gebiet von Nowoajdar die Bewegung einer Militärkolonne des Gegners mit drei 152mm-Artilleriegeschützen „Akazija“ auf Schleppern und sechs Lastwagen „Ural“ mit Munition bemerkt, die sich in Richtung Peredelskoje bewegte.

Im Gebiet von Orechowo wurde eine Ansammlung von zehn Stück Militärtechnik entdeckt,

darunter je vier gepanzerte Transporter und Schützenpanzer und zwei Lastwagen mit Munition.

Außerdem führen Einheiten der ukrainischen Streitkräfte Maßnahmen zur Befestigung der Positionen entlang der Kontaktlinie durch, unter anderem im Verantwortungsbereich der 10. Brigade der ukrainischen Streitkräfte im Gebiet von Katerinowka.

Es sind neue Fälle von nicht kampfbedingten Verlusten in den Reihen der ukrainischen Streitkräfte zu bemerken, die in der Folge von Alkohol- und Drogenmissbrauch durch die Soldaten der ukrainischen Armee aufkommen. So schoss ein Soldat der 10. Brigade der ukrainischen Streitkräfte am 27. Februar in Nowoalexandrowka nach Einnahme von Drogen mit einem Maschinengewehr auf einen anderen Soldaten. Dieser starb an den Verletzungen. Die Volksmiliz lässt in ihrer Wachsamkeit nicht nach und setzt die Fragen der Sicherheit der Republik an erste Stelle.

Mit dem Personal der Einheiten werden ständig Übungen zur militärischen Ausbildung durchgeführt, um die Kenntnisse und Fähigkeiten der Soldaten im Verteidigungskampf zu vervollkommen.

In dieser Woche finden geplante Übungen mit den Kommandeuren von Zügen, mit dem Personal für die Feuerleitung der Artillerie und von technischen Einheiten statt. Die Soldaten der Volksmiliz der LVR halten die Minsker Vereinbarungen genau ein, aber im Fall ihres Bruchs durch die ukrainische Seite, sind sie bereit entschieden zu handeln.

Frage: Kann man heute von einer erheblichen Verschärfung der Situation am Swetlodarsker Bogen sprechen? Schließen Sie weitere Versuche eines Durchbruchs von Seiten der ukrainischen Streitkräfte nicht aus?

Antwort: Am Swetlodarsker Bogen ist die Situation tatsächlich angespannt, neben Beschüssen stellen wir dort eine große Konzentration von Waffen und Personal des Gegners fest. Wir haben einfach nicht das Recht, weitere Durchbruchversuche von Seiten der ukrainischen Streitkräfte in dieser Richtung auszuschließen, aber auf solche aggressiven Handlungen sind wir vorbereitet.

Frage: Gestern hat die Kontaktgruppe Vereinbarungen über einen möglichen absoluten Waffenstillstand am 5. März erreicht. Sind die Einheiten der Volksmiliz zur Einhaltung der neuen Vereinbarungen bereit?

Antwort: Wir haben immer unsere Unterstützung einer friedlichen Regelung im Donbass bestätigt und die Einheiten der Volksmiliz brauchen keine weiteren Erinnerungen und neue Vereinbarungen, das betrifft eher die ukrainischen Streitkräfte, die ihre Verpflichtungen verletzt.

de.sputniknews.com: Streit um Russland-Sanktionen spaltet Deutschland in Ost und West
Einschränkungen im Handel mit Russland sind gegen ostdeutsche Interessen. Selbst bei den Christdemokraten werden jetzt Stimmen für den Abbau der Anti-Russland-Sanktionen laut. Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Reiner Haseloff (CDU) kritisiert, westdeutsche Politiker würden ihre Politik auf Kosten des Ostens betreiben.

Ein „wirkungsloses Instrument“ seien die Sanktionen. Sie träfen insbesondere ostdeutsche Unternehmen, während sie am Westen nahezu spurlos vorübergingen, sagte Haseloff auf einer gemeinsamen Konferenz mit anderen ostdeutschen Landeschefs Ende Januar.

Haseloffs thüringischer Amtskollege Bodo Ramelow (Linke) sagte, den ostdeutschen Bundesländern drohten einige Märkte dauerhaft wegzubrechen. Es gehe nicht nur um Agrarexporte, „sondern auch um Maschinenbau oder ingenieurtechnische Leistungen.“ Es müsse „eine Exit-Strategie für Russland-Sanktionen geben“, forderte Ramelow. „Sie haben uns wirtschaftlich stark geschadet.“

Einige westdeutsche Politiker haben den Vorstoß ihrer ostdeutschen Kollegen scharf kritisiert. Cem Özdemir von Bündnis 90 / Die Grünen sagte: „Massive Verletzungen des Völkerrechts dürfen nicht einfach weggenickt werden, nur weil einzelne Landesregierungen die

Auftragsbücher regionaler Unternehmen füllen möchten.“

Ostdeutsche Wähler verstehen Merkel nicht

Die Bundestagswahl am vergangenen September hat deutlich gezeigt, dass Bundeskanzlerin Angela Merkel ausgerechnet im Osten Deutschlands massiv an Zustimmung verloren hat. „Die Wähler verstehen nicht, warum die regionale Wirtschaft bluten muss. Sie verstehen nicht, wie es sein kann, dass ein Landwirt seine Aufträge verliert, nur weil er für einen Betrieb arbeitet, der Verträge mit Russland hat“, sagt der Politologe Alexej Makarkin. „Es kann sein, dass die Insolvenz eines Betriebs mit 80 Mitarbeitern auf Bundesebene nicht auffällt. Auf kommunaler Ebene aber hat der Verlust von 80 Arbeitsplätzen eine ganz andere Bedeutung.“

Doppelte Standards

„Die Menschen haben kein Verständnis dafür, dass gegen Russland Sanktionen verhängt werden, während die Bundesregierung gleichzeitig Waffen in den Nahen Osten, nach Saudi-Arabien liefert und zum Beispiel keine Sanktionen wegen Nordzypem gegen die Türkei verhängt“, sagt Juri Jeremenko, Chef-Redakteur des Portals „Russkoje pole“. „Die Menschen haben kein Verständnis dafür, dass der Handel mit Russland jetzt so schwer sein soll. Diese Unzufriedenheit kommt nicht von ungefähr. Sie ist schon seit 2014 zu spüren.“

Dan-news.info: „Gemäß einem Erlass des Oberhauptes der DVR soll die Bevölkerung der Republik rund um die Uhr mit Wasser versorgt sein. Derzeit läuft die Wasserversorgung in der Republik praktisch in allen Ortschaften rund um die Uhr“, teilte der stellvertretende Minister für Bauwesen und Kommunalwirtschaft Witalij Kishajew mit.

Er erläuterte, dass in den Städten Debalzewo, Schachtjorsk, Tores und Sneshnoje derzeit die technischen Möglichkeiten für eine unterbrechungsfreie Wasserversorgung der Verbraucher wegen der alten Ausrüstung nicht gegeben sind, deshalb befasst sich das Ministerium gemeinsam mit dem kommunalen Unternehmen „Woda Donbassa“ mit der Lösung dieser Frage.

Wir merken an, dass zuvor die Wasserversorgung in einigen Ortschaften der DVR nur stundenweise erfolgte. Die Behörden der DVR führen seit Beginn des Konflikts regelmäßig Arbeiten zum Wiederaufbau und zur Modernisierung des Wasserversorgungssystems der Region durch. Unter anderem wurde 2017 die Transformatorunterstation des Dorfes Sowosarjewka im Starobeschewo-Bezirk von Spezialisten repariert, um die Wasserversorgung in Ordnung zu bringen, die es acht Jahre lang in dem Dorf nicht gab. Außerdem haben Spezialisten der DVR Projekte zur Optimierung des Wasserversorgungssystems der Republik über eine Summe von drei Mrd. Rubel vorbereitet. Die Arbeiten sind in den Ortschaften in der Nähe von Sneshnoje, Schatjorsk im Osten der DVR und im Starobeschewo-Bezirk im Süden der Republik geplant, wo es Probleme mit der zentralen Wasserversorgung gibt.

Ukrinform.ua: EU kann Ukraine eine Milliarde Euro Finanzhilfe bereitstellen

Die Europäische Kommission ist bereit, der Ukraine eine Finanzhilfe in Höhe von einer Milliarde Euro zur Verfügung zu stellen. Das meldet der Korrespondent von Radio Free Europe / Radio Liberty Rikard Jozwiak.

Der Vorschlag werde wahrscheinlich nächste Woche an den Rat der EU und an das Europäische Parlament geschickt, schreibt Jozwiak auf Twitter. Die erste Tranche könne im Juli – September ausgezahlt werden.

Nach den Worten des Vizepräsidenten der Europäische Kommission Valdis Dombrovskis werde der Vorschlag von Mitgliedsländern der EU und des Europaparlaments diskutiert werden. „Voriges Jahr konnten wir nach dem Ablauf des vorherigen Programms die letzte Tranche in Höhe von 600 Millionen Euro nicht auszahlen, weil nicht alle Auflagen erfüllt wurden. Deswegen haben wir ein weiteres Hilfsprogramm in Höhe von einer Milliarde Euro vorbereitet, mit zwei Tranchen je 500 Millionen Euro“, sagte Dombrovskis dem Radio Free

Europe / Radio Liberty.

Der Finanzminister der Ukraine Oledandr Danyljuk erklärte zuvor auch, dass die Europäische Kommission das neue Hilfsprogramm für die Ukraine billigte.

Av-zakharchenko.su Heute, am 1. März, fand in Donezk eine Konferenz des Aktivs der gesellschaftlichen Bewegung „Donezkaja Respublika“ unter Vorsitz des Oberhaupts der DVR, des Vorsitzenden der Bewegung Alexandr Sachartschenko und der Leiterin des zentralen Exekutivkomitees von DR Natalja Wolkowa statt. An der Veranstaltung nahmen 520 Aktivisten aus allen Städten und Bezirken der VR teil.

Der Vorsitzende der gesellschaftlichen Bewegung Alexandr Sachartschenko bewertete die Arbeit des Aktivs und stellte die grundlegenden Aufgaben.

„Bei dem heutigen Treffen müssen wir eine Reihe von für unsere Bewegung und für den Staat im ganzen wichtige Fragen lösen. Fragen sowohl taktischer als auch strategischer Natur. Vor allem möchte ich alle Anwesenden daran erinnern, dass bei uns 2018 Wahlen zum Oberhaupt der DVR und zum Volkssowjet stattfinden. Die Fraktion von DR im Volkssowjet ist die größte, daher sind die bevorstehenden Wahlen sehr wichtig für uns alle.

Im vergangenen Zeitraum ist es uns gelungen, sehr viel zu tun. Allein das letzte Jahr war gekennzeichnet durch eine Reihe von Durchbrüchen in der Ökonomie und Industrie. Wir haben eine Reihe von Unternehmen der ukrainischen Jurisdiktion unter äußere staatliche Leitung genommen und so faktisch die Industrie des Staates vor der Vernichtung gerettet. Es ist uns gelungen, das Jusowskij-Metallkombinat praktisch von Null aufzubauen – das war eine echte Arbeitsheldentat unseres Volkes. Wir konnten die Lebensmittelsicherheit der DVR gewährleisten und den Anteil der Erzeugnisse aus eigener Produktion vergrößern, die Entwicklung in diesem Bereich geht weiter.

Es gibt Erfolge auch im politischen Arbeitsfeld. Heute weiten sich die internationalen Verbindungen der Republik aus und werden stärker. Das Integrationskomitee „Russland-Donbass“ arbeitet aktiv, es wurden eine Reihe von Vereinbarungen mit Südossetien unterschrieben, wir stärken unsere Verbindungen mit der brüderlichen Lugansker Volksrepublik. Außerdem müssen die Erfolge bei der Realisierung des humanitären Programms zur Wiedervereinigung des Volks des Donbass genannt werden“, sagte der Vorsitzende.

Alexandr Sachartschenko unterstrich, dass alles, was die Bewegung erreicht hat, der Verdienst jedes Aktivisten ist. Aber das ist nur der Anfang der Arbeit.

Nach Meinung des Oberhaupts ist die Zeit gekommen, eine langfristige Entwicklungsstrategie auszuarbeiten.

„Vor allem müssen wir eine **Strategie für die weitere Entwicklung der DVR sowohl in der nächsten Zeit als auch in einer langfristigen Perspektive für fünf, zehn Jahre** erarbeiten. Im Grunde ist das unser Wahlprogramm. Gerade mit ihm gehen wir in die Wahlen, gerade das legen wir unseren Bürgern zur Beurteilung vor. Eine langfristige Planung ist das Unterpfand für die Schaffung eines starken und unabhängigen Staates. Das Unterpfand für die Existenz eines starken Donbass.

Das Programm muss **alle Lebensbereiche des Staates umfassen und unsere fundamentale Entwicklungsbasis festlegen**. Ein Punkt, den ich für grundlegend halte und der die Grundlage der Existenz der DVR ist – der Staat muss sozial orientiert, für das Volk sein. Darauf müssen alle übrigen Entwicklungsrichtungen operieren. Der **soziale Aspekt ist der Grundpfeiler des Programms**. Genau vom Punkt der sozialen Orientierung müssen sowohl die ökonomischen als auch die politischen Aspekte des Entwicklungsprogramms betrachtet werden. Natürlich unter Berücksichtigung der **Eigenart und Autarkie der DVR sowohl in der nahen als auch der weiteren Perspektive**. Wir sind ein ökonomisch selbständiger Staat mit seiner Geschichte, Kultur, mit seinem Entwicklungsweg. Ein Land, das auf das Volk orientiert ist.

In diesem Aspekt sehe ich die politische Zukunft der DVR: wir werden unsere Souveränität schrittweise stärken, wir werden stärker werden. Wir werden den Donbass stark machen. Das ist unsere gemeinsame Aufgabe in der nächsten Zeit.

Außerdem meine ich, dass die **Union mit Russland** eine sehr wichtige Priorität der Außenpolitik der Republik ist. Eine gemeinsame Zukunft mit Russland ist unsere deutliche Wahl. Dies geschieht bereits. Die Integration – kulturell, ökonomisch, humanitär – läuft bereits. Und wir werden von diesem Weg nicht abweichen.

Diese Aufgabe sind nicht einfach, sie fordern nicht nur ein professionelles Herangehen, sondern auch die Beteiligung aller Einwohner der Republik. Ich will unterstreichen – absolut aller Einwohner. Und dazu sind die Instrumente der Zusammenarbeit zwischen Staatsmacht und Volk, die von der gesellschaftlichen Bewegung „Donezkaja Respublika“ erarbeitet wurden, besonders aktuell.

Bereits heute haben die gesellschaftlichen Kontaktbüros des Vorsitzenden der gesellschaftlichen Bewegung positive Ergebnisse gezeigt. Wir lösen die Fragen der Menschen vor Ort. Und gleichzeitig damit können wir Vorschläge der Bürger zum Umbau des Landes entgegen nehmen, die Sicht der Einwohner der Republik auf die Zukunft erfahren, Leistungen und Vorschläge, Perspektiven und Verbesserungsvorschläge berücksichtigen. Es gibt auch andere Mechanismen. Es gibt das Programm „Brief an das Republikoberhaupt“, es gibt Vorschläge in persönlichen Gesprächen. Unsere Aktivisten und Abgeordneten sind ständig in Kontakt mit den Menschen vor Ort. Aber ich denke, dass gerade diese Mechanismen verstärkt werden müssen.

Dies alles hilft uns, ein aktuelles und nachgefragtes Entwicklungsprogramm zu erarbeiten, das für unsere Bürger nötig ist. Das ist eine große Arbeit. Sie erfordert die Beteiligung des gesamten Aktivs der gesellschaftlichen Bewegung DR. Dabei müssen wir diese Arbeit im Format einer gesellschaftlichen Diskussion durchführen, einer **Diskussion des gesamten Volkes**. Wir müssen die Meinung eines jeden berücksichtigen.

Ich schlage vor, dass die Ergebnisse dieser Diskussion auf dem nächsten Kongress der gesellschaftlichen Bewegung vorgestellt werden. Und der Zeitpunkt dieses Kongresses ist der Zeitpunkt zum Abschluss der Erarbeitung eines Programmentwurfs für die Entwicklung der DVR. Ich wiederhole, das ist nicht einfach ein theoretisches Programm – das ist eine politischen Plattform der gesellschaftlichen Bewegung „Donezkaja Respublika“.

Die Realitäten des heutigen Tages geben uns keine Zeit zum Anlaufen. Wir bauen einen starken und perspektivreichen Staat hier und jetzt und die Pflicht eines jeden von uns ist es, alle Kräfte in diese Arbeit einzubringen. Dabei will ich anmerken, dass wir, wenn wir die Perspektiven der Entwicklung der DVR ausarbeiten und erörtern, auch die Tatsache in das Programm einbringen müssen, dass wir früher oder später unsere Territorien von den Besatzern befreien werden. Dies muss ein Programm der Entwicklung des ganzen Donbass sein. Deshalb müssen die Leistungen und Erfahrungen der Realisierung des humanitären Programms zur Wiedervereinigung des Volks des Donbass berücksichtigt werden und alle Einwohner der Region zu den gesellschaftlichen Diskussionen hinzugezogen werden. Unsere Kraft war immer in der Einheit. Wir dürfen unsere Bürger auf jener Seite der Abgrenzungslinie nicht vergessen. Und wenn wir heute auch künstlich geteilt sind, so werden wir morgen, davon bin ich überzeugt, wieder einheitlich und stark sein.

In den Jahren ihrer Existenz hat DR eine große Arbeit geleistet. Wir haben zusammen einen Staat aufgebaut. Jetzt müssen wir weitergehen. Wir haben widerstanden, wir haben überlebt. Jetzt werden wir uns entwickeln.

Ich fasse zusammen: erstens schlage ich vor, im Rahmen der Arbeit der gesellschaftlichen Bewegung eine Reihe gesellschaftlicher Diskussionen zur Schaffung eines Entwurfs eines Entwicklungsprogramms der Republik durchzuführen und dafür alle uns zugänglichen Mechanismen heranzuziehen.

Und zweitens beantrage ich gemäß Punkt 7.4 der Satzung der gesellschaftlichen Bewegung

DR die Einberufung eines außerordentlichen Kongresses der Bewegung am 7. Mai dieses Jahres. Mit der Organisation des außerordentlichen Kongresses ist die Leiterin des zentralen Exekutivkomitees von DR Natalja Markowna Wolkowa beauftragt“, schloss Alexandr Sachartschenko.

Natalja Wolkowa schlug vor, sofort im Rahmen von Runden Tischen mit der Erörterung der Entwicklungsstrategie der DVR zu beginnen. „Ich hoffe, dass wir schon morgen eine Richtung für die gesellschaftliche Diskussion zu Schlüsselbereichen der Entwicklung unseres jungen Staates angeben. Denn nur gemeinsam werden wir allen Prüfungen standhalten können, die schwierigsten Aufgaben lösen, ein starkes und erfolgreiches Land aufbauen. Ich denke, dass mich alle Anwesenden unterstützen“, sagte sie.

Einer der Delegierten der Konferenz schlug eine Bezeichnung für das zukünftige Programm vor.

„Alexandr Wladimirowitsch, ich lenke die Aufmerksamkeit darauf, dass in Ihrem Redebeitrag sehr oft die Worte „starker Donbass“ zu hören waren. Deshalb will ich vorschlagen, das Projekt zur Entwicklung der DVR „Kraft des Donbass“ zu nennen. Gerade in dieser Wortzusammenstellung findet sich die Energie, die Arbeitsliebe unseres Volkes und der Siegesgeist des gesamten Volkes der DVR. Ich denke, uns wird alles gelingen“, sagte die Leiterin der Organisation des Kirowskij-Bezirks von Donezk Tatjana Chaperskaja.

Der Vorsitzende der Bewegung unterstützte die Initiative, das Projekt gerade so zu nennen.

„Sie haben absolut Recht. Nur ein starkes Volk baut kämpfend auf. Nur ein starkes Volk kann das aushalten, was wir gesehen und durchlebt haben. Tatsächlich war der Donbass niemals schwach. Von Anbeginn an leben hier starke Menschen. Deshalb bin ich mit Ihrem Vorschlag einverstanden“, sagte Alexandr Sachartschenko.

de.sputniknews.com: Cyberattacke auf Berlin: „Wie im Kalten Krieg: Wetter und Hacker kommen aus Russland“

Tilo Gräser

Der Hackerangriff auf die Netze des Bundes läuft noch, wird unter Bezug auf das Geheimdienst-Kontrollgremium des Bundestages gemeldet. Sicherheitsbehörden und Regierungsvertreter haben die Abgeordneten unterrichtet. Unklar bleibt, wer die Angreifer waren und wo sie herkommen. Die „russische Spur“ ist nicht nachweisbar, so ein Experte. Es handele sich um einen noch laufenden Angriff, zitiert die Nachrichtenagentur DPA den Vorsitzenden des Parlamentarischen Gremiums zur Kontrolle der Geheimdienste (PKGr), Armin Schuster (CDU), nach einer etwa zweistündigen Sondersitzung der Runde. „Deswegen wären öffentliche Diskussionen über Details schlicht eine Warnung an die Angreifer, die wir nicht geben wollen.“ Er betonte aber: „Der Geheimnisverrat an sich ist ein beträchtlicher Schaden.“ Die Bundesregierung versuche, den Vorgang unter Kontrolle zu halten. Wie groß der Schaden sei, könne noch nicht beurteilt werden.

Konstantin von Notz, Bundestagsabgeordneter der Grünen, kritisierte der Agentur zufolge, dass die Parlamentarier über DPA von dem Vorfall erfahren haben. Er verlange volle Aufklärung, auch wenn es Gründe gegeben haben mag, das Ganze geheim zu halten.

André Hahn, der für die Linke in dem Kontrollgremium sitzt, beklagte laut DPA, nach seinem Eindruck würden Regierung und Sicherheitsbehörden versuchen, den Vorgang herunterzuspielen. „Ich befürchte, dass in den nächsten Wochen noch einiges ans Licht kommen wird“, sagte er der Agentur. „Ich befürchte, das wird sich auswachsen in den nächsten Tagen.“

Keine Hinweise auf Angreifer

Hahns Fraktionskollegin und Netzexpertin Anke Domscheit-Berg kritisierte, sie habe von der Attacke aus der Presse erfahren. Im „Morgenmagazin“ der ARD bezeichnete sie es als „schon wirklich skandalös“, dass sie selbst als fachlich zuständige Abgeordnete erst aus der Presse von dem Vorfall erfahre. Domscheit-Berg ist Obfrau der Linken-Fraktion im Ausschuss

„Digitale Agenda“ des Bundestages.

Die Abgeordnete warnte in der Sendung vor einer verfrühten Festlegung auf bestimmte Urheber. Es gebe zwar Indizien, die auf Russland hinwiesen. „Aber man kann solche Spuren gut verwischen“, fügte sie hinzu. „Das kann auch getarnt sein.“ CDU-Politiker Patrick Sensburg, Mitglied im PKGr, mahnte ebenfalls im „Morgenmagazin“ eine gründliche und sorgfältige Aufarbeitung des Hacker-Angriffs an. Ob hinter der Attacke tatsächlich das als „APT28“ bekannte, mutmaßlich russische Hacker-Kollektiv stecke, müsse ermittelt werden. Sensburg sagte, er sei grundsätzlich zurückhaltend, was die Urheber angehe. Hacker- und Spionageangriffe könnten sehr gut verschleiert werden.

Längst verwischte Spuren

Als „unhaltbare Behauptung“ bezeichnete der Datenschutzexperte Hartmut Pohl die Spekulationen, der Hacker-Angriff sei aus Russland erfolgt. Er sagte das am Donnerstag gegenüber dem Inforadio vom Rundfunk Berlin-Brandenburg (RBB). Pohl ist Mitglied im Arbeitskreis Datenschutz und IT-Sicherheit der Gesellschaft für Informatik. „Wir fallen wieder in den Kalten Krieg zurück und sagen, das Wetter und die Hacker kommen aus Russland“, stellte er fest.

„Das ist sehr schwer nachweisbar“, fügte er hinzu. Um herauszufinden, wie und woher der Angriff ablief, seien Monate bis Jahre notwendig, so der Experte. Er meinte gegenüber dem Sender: „Die Spuren sind längst verwischt.“

„IT-Sicherheit gibt es nicht umsonst“, mahnte Pohl an und ergänzte: „Die wertvollsten Daten gehören nicht ins Internet. Das ist völlig unsicher.“ Sicherheitsexperten haben bereits mehrfach kritisiert, dass auch Behördennetzwerke in Deutschland schlecht geschützt werden. Claudia Haydt von der Informationsstelle Militarisierung Tübingen (IMI) hatte im November 2017 gegenüber Sputnik zum Thema mehr Sicherheitsmaßnahmen gefordert, und dass entsprechende Regeln eingehalten werden. Das würde aber nicht stattfinden, „weil unter anderem Geheimdienste davon profitieren, dass es Systemlücken gibt, was ihnen die Möglichkeit der Überwachung gibt.“

„Ganz große Vorsicht“

Haydt verwies gegenüber Sputnik auf den Hackerangriff auf das Netzwerk des Bundestages im Jahr 2015. Sie sei damals Mitarbeiterin des Parlaments gewesen und habe das miterlebt. Sie habe sich über die verzögerten Reaktionen der Bundestagsverwaltung auf die Hinweise auf den erkennbaren Angriff gewundert. „Das Problem bei Meldungen über Cyberangriffe ist immer, dass es von außen sehr schwierig nachzuvollziehen ist, wie viel wirklich dran ist“, hatte die Aktivistin zu damaligen Meldungen erklärt, russische Hacker hätten angeblich 2016 Angriffe auf die britische Stromversorgung sowie Telekommunikations- und Medien-Netzwerke gestartet.

„Es werden dann zum Teil Spuren, die zu IP-Adressen zurückgeführt werden, herangeführt, um zu sagen, das ist ein Beweis dafür, diese IP-Adressen hätten früher russische Hackergruppen benutzt. Aber niemand weiß, ob diese Spuren gelegt worden sind oder Hacker unvorsichtig waren und die Spuren zurückgelassen haben. Das heißt: Bei jeder dieser Meldungen ist, selbst wenn sogenannte Beweise präsentiert werden, völlig unklar, ob diese Beweise gelegt worden sind oder real sind. Deswegen genieße ich diese Meldungen mit ganz großer Vorsicht.“

Haydt vermutete unter anderem mit Blick auf die Berichterstattung über solche Vorfälle, „es geht darum, eine politische Stimmung zu schaffen, die Geheimdiensten noch mehr Finanzen und noch mehr Rechte zum Agieren gibt, sowie den rechtlichen und politischen Rahmen dafür auszuweiten“.

Snowden: NSA greift auch befreundete Staaten an

Im November 2016 gab es Meldungen, denen zufolge Hacker des US-Militärs in wichtige elektronische Infrastrukturen Russlands eingedrungen seien, bis hinein in die des Kremls. Das sei geschehen, um diese Strukturen für den Fall eines US-Cyberwar-Angriffes auf Russland

„verwundbar“ zu machen. Ein solcher werde angeblich nur als „aktive Verteidigung“ erfolgen, wenn „zurückgeschlagen“ werden müsse. Dazu sagte die Rüstungskritikerin im letzten Jahr:

„Keine Regierung sagt, egal auf welchem Schlachtfeld sie sich bewegt, dass es ihr darum geht, Angriffe vorzubereiten, sondern sagt immer: Es geht um Verteidigung.“ Aber: „Die Absicht muss man sehr ernst nehmen.“

Die Enthüllungen des ehemaligen NSA-Mitarbeiters Edward Snowden hatten gezeigt, dass dieser US-Geheimdienst nicht nur umfassend alles und jeden überwacht, sondern sich auch für Cyberangriffe gerüstet hat. Er gefährde die Internetsicherheit, hieß es in einem Bericht im Jahr 2013. Die NSA infiziere weltweit Infrastruktur mit sogenannten Schläferprogrammen, die Systeme wie die zur Energieversorgung oder die von Krankenhäusern lahmlegen könnten. Das erfolge gegen feindliche Staaten wie auch gegen befreundete, erklärte Snowden in Interviews. Das geschehe auch, um damit politisch Druck ausüben zu können. Zu den Zielen gehöre auch Deutschland, wie das Magazin „Der Spiegel“ 2015 bestätigte.

Dan-news.info: „Um 13:00 wurde in der Siedlung Bajrak in der Dunajewskij-Straße in der Folge eines Beschusses **eine Frau, geb. 1949 verletzt**. Außerdem wurde das Gebäude der Schule Nr. 28 und des örtlichen Kulturhauses beschädigt“, teilte der Bürgermeister von Gorlowka Iwan Prichodko mit.

In der gleichen Ortschaft wurden in der Sewerodonekaja-Straße zahlreiche Schäden im privaten Sektor festgestellt. „Wir haben sofort Fahrzeuge mit Glas in die Ortschaft geschickt, damit die Fenster der Gebäude und Häuser in kürzester Zeit repariert werden“, sagte der Bürgermeister.

de.sputniknews.com: Droht nun wieder ein Gaskrieg? – Kiew warnt vor Gasmangel in der Ukraine

Die krisengeschüttelte Ukraine dürfte am kommenden Wochenende mit einem Mangel an Erdgas konfrontiert sein. Wie der Chef des ukrainischen Versorgers Naftogaz, Andrej Kobolew, am Donnerstag in Kiew sagte, hatte sich der russische Gasgigant Gazprom geweigert, die Versorgung der Ukraine wiederaufzunehmen.

Zuvor hatte Gazprom-Vizevorstandschef Alexander Medwedew bestätigt, dass die Ukraine für die März-Lieferungen verrechnet hatte. Aber Gazprom habe den Betrag zurückerstattet, weil ein Zusatzprotokoll zum Gasversorgungsvertrag immer noch nicht abgestimmt sei.

Kobolew wies in einer Sitzung des Rates für nationale Sicherheit und Verteidigung darauf hin, dass vom 1. bis 4. März in der Ukraine extrem niedrige Temperaturen erwartet werden.

„Deshalb dürfte es täglich an etwa 20 Millionen Kubikmeter Gas mangeln, die Naftogaz bei Gazprom kaufen wollte. Nach der Weigerung der russischen Seite wird Kiew versuchen, den Bedarf durch höhere Gaseinfuhren vom europäischen Markt zu decken. Aber auch in diesem Fall würde der Mangel nur zur Hälfte behoben.“

Kobolew zufolge haben Betriebe den Gasverbrauch im Ernstfall zu senken und sich auf alternative Energieträger umzustellen, wie eine Anordnung des Energieministeriums vom 2. November 2015 vorsieht. Zudem sollten Wärmekraftwerke den Gasverbrauch um fünf bis zehn Prozent senken. „Ich schlage vor, diesen Plan vom Samstag, dem 3. März an, in Kraft zu setzen“, sagte der Konzernchef.

Die Entscheidung von Gazprom, im März kein Gas an die Ukraine zu liefern, wurde von Naftogaz als ein Verstoß gegen den jüngsten Beschluss des Stockholmer Schiedsgerichtshofs gewertet. Somit mache die russische Seite die Erfüllung des Gerichtsbeschlusses unmöglich, wonach die Ukraine minimale Gasmengen in Russland kaufen müsse, hieß es in Kiew.

Im vergangenen Dezember hatte das Stockholmer Gericht Naftogaz verpflichtet, Gazprom zwei Milliarden US-Dollar für das bereits verbrauchte Erdgas zu zahlen. Zudem habe die

Ukraine gewisse minimale Gasmengen in Russland zu kaufen.

Der Dauerstreit zwischen Russland und der Ukraine um die Gaspreise und Gasschulden hatte bereits früher mehrmals ernsthafte Konflikte zur Folge gehabt. So drehte Gazprom am 1. Januar 2009 den Gashahn für die Ukraine zu, weil Kiew Schulden in Milliardenhöhe immer noch nicht beglichen hatte. Kiew musste die in die EU führende Exportpipeline anzapfen, was zu Engpässen in mehreren europäischen Ländern geführt hatte.

Schwere Gaskonflikte hatte es auch im Winter 2005/2006, 2007/2008 und 2014 gegeben.

Dnrsovet.su: Quelle der Staatsmacht in der DVR ist das Volk und deren höchster Ausdruck sind freie Wahlen. Diese Prinzipien sind in der Verfassung der DVR festgeschrieben und das bedeutet, dass sie bei den in diesem Jahr bevorstehenden Wahlen realisiert werden müssen und werden.

Die Besonderheiten, die Regelung der Vorbereitung und Durchführung der Wahlen legen die entsprechenden Gesetze der DVR fest. Den Zeitpunkt der Wahlen legt der Volkssowjet nicht später als 60 Tage vor der Wahl fest. Aber bereits jetzt kann man sagen, dass die Wahlen in der DVR in diesem Herbst stattfinden werden.

Wir von unserer Seite werden alles tun, damit die Willensbekundung der Bürger entsprechend den gültigen Gesetzen erfolgt und dass die Einwohner der Republik selbst bestimmen, wer würdig ist, ihre Interessen in den höchsten Staatsämtern zu vertreten.

Denis Puschilin, Vorsitzender des Volkssowjets der DVR, ständiger bevollmächtigter Vertreter der DVR bei den Verhandlungen der Kontaktgruppe in Minsk

abends:

rusvesna.su: Surkow schlug vor, eines der neuesten russischen Waffensysteme „Givi“ zu nennen

Der russische Präsidentenberater Wladislaw Surkow hat vorgeschlagen, eines der neuen russischen Waffensysteme, über das heute Wladimir Putin sprach, zu Ehren Michail Tolstych „Givi“ zu nennen.

„Ich möchte teilnehmen (am Wettbewerb um den Namen der bisher noch namenlosen Waffensysteme – Anm. d. Red.). „Givi“, weil es einen solchen Helden im Donbass gibt“, zitiert RIA Novosti Surkow.

Wir erinnern daran, dass der Held der DVR, der Kommandeur des Bataillons „Somali“ Oberstleutnant der Armee der Republik Michail Tolstych (Codename „Givi“) in Donezk bei einer Explosion in seinem Büro am 8. Februar 2017 starb.



http://m.rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign_wm/public/givi_30.jpg?itok=sThKbm_f

Dan-news.info: „Die Stromversorgung an der Pumpstation des Jushnodonbasskij-Wasserwerks ist wieder in Betrieb. Weil der beschädigte Abschnitt der Leitung sich außerhalb der Beschusszone befand, wurden die Arbeiten durch das staatliche Unternehmen Regionale Stromnetze erledigt, es waren keine Sicherheitsgarantien für die Durchführung der Arbeiten notwendig“, teilte der Leiter der Vertretung der DVR im GZKK Ruslan Jakubow mit. Die Ursachen lagen in den schlechten Wetterbedingungen.

de.sputniknews.com: Berlin Opfer russischer Hacker-Offensive? Was bislang bekannt ist – Sputnik

Das Bundesinnenministerium hat einen Hackerangriff auf das Netzwerk der Bundesregierung bestätigt. Noch gibt es keine belastbaren Beweise, wie lang dieser Angriff stattfand, ob und welche Daten erbeutet wurden, vor allem aber, wer dahinter stecken könnte. Allerdings haben sich diverse Medien bereits festgelegt. Die Russen waren es. Mal wieder.

<iframe width="660" height="371" src="https://www.youtube.com/embed/VK-Tb94HEaA" frameborder="0" allow="autoplay; encrypted-media" allowfullscreen></iframe>

<https://youtu.be/VK-Tb94HEaA>